

UN billigt Russlands Resolution gegen Nazi-Heroisierung

18 Dez. 2024 14:45 Uhr

Die UN-Generalversammlung hat eine Resolution Russlands gegen die Heroisierung des Nationalsozialismus verabschiedet. 119 Länder stimmten dafür, 53 dagegen, darunter auch Deutschland. Die Resolution fordert konkrete Schritte gegen Neonazismus und Rassendiskriminierung.



Quelle: TASS © Waleri Scharifulin

UN-Sicherheitsrat am 27. September 2024 in New York

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat eine von Russland eingebrachte Resolution zur Bekämpfung der Heroisierung des Nationalsozialismus angenommen, berichtet ein Korrespondent von *RIA Nowosti*.

Für das Dokument stimmten 119 Staaten, 53 dagegen, darunter die Ukraine, die USA, Deutschland, Frankreich, Kanada und Japan. Zehn Staaten enthielten sich der Stimme.

Zu den Unterstützern der Initiative gehörten neben anderen Argentinien, Armenien, Brasilien, Ägypten, Indien, Irak, Israel, Kasachstan, Mali, Mexiko, die Mongolei, Niger, Pakistan, Katar, Saudi-Arabien, Serbien, Sudan, Tadschikistan, Usbekistan, die Vereinigten Arabischen Emirate und Vietnam. Zu den zehn Staaten, die sich der Stimme enthielten, gehörten Kiribati, Myanmar, Panama, die Schweiz und die Türkei.

Wie es heißt, empfiehlt die von Russland vorbereitete Resolution den Staaten insbesondere, geeignete konkrete Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem in den Bereichen Gesetzgebung und Bildung. Diese sollten im Einklang mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen stehen, um eine Revision der Geschichte und der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu verhindern.

Zudem verurteilen die Verfasser des Dokuments nachdrücklich Vorfälle, die mit der Heroisierung und Propagierung des Nationalsozialismus zusammenhängen, darunter das Anbringen von Graffiti und Zeichnungen mit pronazistischen Inhalten, auch an Denkmälern für die Opfer des Zweiten Weltkriegs.

Besonders hervorgehoben wird die Empfehlung, alle Feierlichkeiten zu Ehren des Naziregimes und seiner Verbündeten zu verbieten. Ferner fordert das Dokument die Staaten nachdrücklich auf, alle Formen der Rassendiskriminierung mit allen

geeigneten Mitteln, einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen, wenn nötig zu beseitigen.

Darüber hinaus verurteilt die Resolution nachdrücklich die Verwendung von Lehrmaterial und Rhetorik, die Rassismus, Diskriminierung, Hass und Gewalt aufgrund von ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion oder Weltanschauung fördern.

Allerdings nahm die Generalversammlung auch einen von westlichen Staaten eingebrachten Änderungsantrag zu der von Russland vorgelegten Resolution an. Wie es heißt, habe Moskau versucht, die Notwendigkeit der militärischen Spezialoperation in der Ukraine mit dem Kampf gegen den Neonazismus zu rechtfertigen. Für den Änderungsantrag stimmten 63 Staaten, 41 lehnten ihn ab und 50 enthielten sich. Russland distanzierte sich von dem Änderungsantrag.

In einer Rede erklärte die stellvertretende russische UN-Botschafterin Maria Sabolotskaja, dieser Punkt stehe in keinem Zusammenhang mit der Resolution und ziele darauf ab, die Bemühungen der Organisation im Kampf gegen Nazismus und Diskriminierung zu untergraben.